



2014/38 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2014/38/gibts-da-auch-nen-bratwurststand>

Proteste gegen fundamentalistische Abtreibungsgegner in Berlin, Zürich und Madrid

Gibt's da auch 'nen Bratwurststand?

Von **Kirsten Achtelik**

Am Wochenende wollen fundamentalistische Abtreibungsgegner in Berlin, Zürich und Madrid aufmarschieren.

Der diesjährige Berliner »Marsch für das Leben« am 20. September hat sein Themenspektrum erweitert: Kernthema der Demonstration ist eigentlich der Einsatz gegen Abtreibungen. Dafür tragen die sich selbst als Lebensschützer bezeichnenden Aktivisten weiße Kreuze, die »getötete Kinder« symbolisieren sollen, in einem Schweigemarsch durch Berlins Mitte. Der vom Bundesverband Lebensrecht (BVL) organisierte Marsch richtet sich auch gegen jede Art von Sterbehilfe, die als »Euthanasie« bezeichnet wird. In einer Pressemitteilung erklärte Martin Lohmann, der Vorsitzende des BVL, die Lebensschutzbewegung nun auch noch zur »ökologischen Friedens- und Freiheitsbewegung Deutschlands«. Unter »Ökologie« versteht er hier aber nicht etwa Umweltschutz, sondern »die Natur des Menschen«, die nach Ansicht der meist christlich-fundamentalistischen Abtreibungsgegner eindeutig männlich oder weiblich und heterosexuell zu sein habe. Wenn Lohmann also sagt: »Wir wollen, dass jeder in Freiheit leben kann«, dann meint er weder »jeden« noch meint er »Freiheit«. Ulli Jentsch vom Bildungszentrum Apabiz, Mitautor des jüngst erschienenen Buches »Deutschland treibt sich ab!«, betont: »Für die ›Lebensschützer‹ ist der Kampf für ein totales Verbot von Abtreibungen schon immer ein Vehikel der Kulturkritik gewesen.« Ihr Konzept einer »Kultur des Lebens« sei nicht von Freiheit, Selbstbestimmung oder Emanzipation bestimmt, sondern »autoritär, antifeministisch und antiaufklärerisch. Das als ›ökologisch‹ zu verkaufen, ist Greenwashing. Die Berufung auf eine ›natürliche‹ Ordnung ist nichts anderes als Sozialdarwinismus«, so Jentsch weiter.

Die Abtreibungsgegner aber widmen sich nicht nur einem umfassenderen Programm, es gelingt ihnen auch, von Jahr zu Jahr mehr Menschen zur Berliner Demonstration zu bewegen. Waren es anfänglich nur wenige Hundert, kamen im vorigen Jahr etwa 4 500. Der Marsch beginnt mit einer Kundgebung vor dem Bundeskanzleramt und endet mit einem ökumenischen Gottesdienst. Wo dieser in diesem Jahr stattfinden soll, wird geheim

gehalten. Dem christlich-fundamentalistischen Aufmarsch will sich ein breiter Zusammenschluss aus antifaschistischen und feministischen Gruppen entgegenstellen. Das »What the fuck«-Bündnis ruft erstmalig auch zu einer Demonstration gegen die »Lebensschützer« auf, an die sich eine Blockade anschließen soll. Mit diesem neuen Konzept wolle man der ständig wachsenden Zahl der Abtreibungsgegner ein »entschiedenes Signal« entgegenhalten, so die Sprecherin des Bündnisses, Sarah Bach. »Die Störaktionen der vergangenen Jahre sind in der wachsenden Zahl der »Lebensschützer« untergegangen, die Protestierer haben sich vereinzelt gefühlt.« Zu der »kraftvollen zentralen Aktion« am 20. September kämen »hoffentlich auch viele, die die Proteste in den vergangenen Jahren zu nervig fanden«. Zu der Demo werde bundesweit mit Infoveranstaltungen aufgerufen, so Bach weiter.

Auch das »Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung«, in dem eher zivilgesellschaftliche Organisationen vereint sind, will gegen die reaktionären Tendenzen protestieren. Bei einer Kundgebung am Brandenburger Tor soll mit Rednerinnen aus Polen und Spanien »die verschärfte Situation in Europa in den Mittelpunkt gerückt werden«, sagte Ines Scheibe, eine der Pressesprecherinnen des Bündnisses. Am gleichen Tag wird in Zürich ein »Marsch fürs Läbe« stattfinden, gegen den ebenfalls eine Demonstration angekündigt ist. In Madrid wollen am Folgetag Abtreibungsgegner für die schnelle Verabschiedung der angekündigten spanischen Abtreibungsreform demonstrieren. Danach sollten Schwangerschaftsabbrüche nur noch in medizinischen Ausnahmefällen und nach angezeigten Vergewaltigungen möglich sein. Das Vorhaben hatte – auch innerparteilich – massiven Widerstand ausgelöst und der konservativen Volkspartei PP bei den Europawahlen Stimmen gekostet. Am vergangenen Wochenende war bekannt geworden, dass die Regierung die Reform wahrscheinlich nicht mehr ins spanische Parlament einbringen wird. Zu der Demonstration der »Lebensschützer« mobilisieren diese nun mit zusätzlichem Elan.